

Umweltausschuss

Protokoll Nr. UA/10/2025

**über die öffentliche Sitzung des Umweltausschusses am 12.11.2025,
Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9, Saal**

Beginn der Sitzung : 19:00 Uhr
Ende der Sitzung : 22:15 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Dr. Wulf-Dietrich Köpke

Stadtverordnete/r

Frau Elke Dullweber
Herr Rolf Griesenberg
Herr Marten Koop
Herr Béla Randschau

Bürgerliche Mitglieder

Herr Dr. Thomas Denekas
Frau Cordelia Koenig
Herr Julian Wagner

i. V. f. Herrn Uwe Gaumann
ab 19:07 Uhr / bis 22:10 Uhr
ab 19:28 Uhr

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Birgit Buschmann

ab 19:20 Uhr / bis 21:48 Uhr /
Seniorenbeirat
Naturschutzbeauftragter

Herr Rolf de Vries

Sonstige, Gäste

Frau Emmendörffer
Herr Manuel Gottschick
Herr Frederik Treuel

bis 21:00 Uhr / OCF Consulting
bis 21:00 Uhr / OCF Consulting
Stadtwerke Ahrensburg

Verwaltung

Herr Sönke Gerundt
Frau Stefanie Kubitzka
Herr Jan Richter
Herr Tobias Römer
Frau Nadine Scheel

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete/r

Herr Uwe Gaumann

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

Ö f f e n t l i c h e r T e i l

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 09/2025 vom 08.10.2025
6. Nachfragen der Selbstverwaltung zu Berichten der Verwaltung
 - 6.1. Ergänzung zum Energiebericht 2024
7. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung
 - 7.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 7.2.1. Abschlussbericht zur Fläche des ehemaligen Hundeübungsplatzes
 - 7.2.2. Stellenausschreibung Fachdienstleitung IV.5 - Grünflächen und Klimaschutz
8. Vorreiterkonzept: Beteiligungsworkshop der Fraktionen
9. Überprüfung möglicher Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts 2026 **2025/091**
10. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026 **2025/084**
11. Beteiligung der Stadt im Planfeststellungsabschnitt 3 der S4/Stellungnahme der Vorhabenträgerin **2025/063**
12. Anfragen, Anregungen, Hinweise
 - 12.1. Anfrage auf Bericht zur Bodenbelastung des Rohrbogenwerks
 - 12.2. Aktueller Stand Böllerverbot in Ahrensburg
 - 12.3. Baumfällarbeiten in der Stadt Ahrensburg
 - 12.4. Tunnel in der Hagener Allee - Verschmutzung durch Graffiti
 - 12.5. Beschwerde über Verbrenner betriebene Laubgebläse

Ö f f e n t l i c h e r T e i l

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende begrüßt die Ausschussmitglieder und Gäste zur November-Sitzung des Umweltausschusses.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit des Umweltausschusses ist gegeben. Die Einladung zur Sitzung erfolgte form- und fristgerecht.

3. Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende informiert den Ausschuss, dass ihm im Vorfeld ein Schreiben von Herrn Kukulenz zugegangen sei. Herr Kukulenz habe darum gebeten, dieses Schreiben in der Sitzung vorzulesen, falls er selbst nicht anwesend sein könne. Der Vorsitzende erläutert, dass in Abwesenheit der einreichenden Person keine Schreiben dem Ausschuss vorgelesen werden. Daher wird das Schreiben von Herrn Kukulenz lediglich als **Anlage** dem Protokoll beigelegt.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Einwohnerfragestunde und fährt mit dem nächsten Tagesordnungspunkt fort.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Da es keine Änderungen gibt, lässt der Vorsitzende erst über den **öffentlichen Teil** der Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Im Anschluss lässt der Vorsitzende auch über den **nicht öffentlichen Teil** der Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 09/2025 vom 08.10.2025

Es handelt sich um den Tagesordnungspunkt 5, Einwände gegen die Niederschrift Nr. 08/2025 vom 10.09.2025. Herr Randschau erklärt, dass die Anmerkungen aus der Sitzung unzutreffend wiedergegeben wurden. Es sei nicht richtig, dass die unangemessenen Kommentare auch von anderen Mitgliedern des Ausschusses stammten. Vielmehr wurden diese von der Verwaltung gegenüber den Ausschussmitgliedern, Bürger und Bürgerinnen geäußert. Herr Randschau bittet dringend darum, diese Korrektur vorzunehmen.

Eine weitere Änderung betrifft den Tagesordnungspunkt 11 der Niederschrift. Hier führt Herr Randschau aus, dass in der letzten Sitzung über drei verschiedene Punkte gesprochen und anschließend darüber abgestimmt worden sei. In der Niederschrift seien jedoch nur die ersten beiden Punkte aufgeführt worden. Der dritte Punkt habe sich auf die dringende Aufforderung bezogen, die bereits beschlossenen Personalstellen zu besetzen, um die Leerungen der Gefäße zu ermöglichen. Herr Randschau bittet darum, diesen Punkt ebenfalls in das Protokoll aufzunehmen, da auch darüber abgestimmt wurde.

Zum Tagesordnungspunkt 12 der Niederschrift merkt Herr Randschau an, dass es zum aktuellen Zeitpunkt noch keine erkennbaren Haltungen der Fraktionen geben könne, da die Fraktionen vorher nicht mit diesem Thema befasst worden seien. Er bittet darum, folgenden Satz hinzuzufügen: „Die Fraktionen kritisieren, dass sie schon früher mit diesem Thema hätten befasst werden müssen.“

Da keine weiteren Einwände vorliegen, gilt die Niederschrift Nr. 09/2025 als genehmigt.

6. Nachfragen der Selbstverwaltung zu Berichten der Verwaltung

6.1. Ergänzung zum Energiebericht 2024

In der Sitzung vom 08.10.2025 wurde der Energiemanager, Herr Witt, gebeten, die Verbrauchsdaten des Badlantics für den Energiebericht zu ergänzen.

Anmerkung der Verwaltung:

Das Badlantic verzeichnete einen Verbrauch von 1.977 MWh Strom, 3.724 MWh Wärme sowie 75.000 m³ Wasser. Im Vergleich benötigt das Badlantic damit die vierfache Menge Strom und die doppelte Menge Wärme des Sportzentrums *Am Heimgarten*. Zudem verbraucht es doppelt so viel Wasser wie alle von der ZGW verwalteten Liegenschaften zusammen.

7. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

7.1. Berichte gem. § 45 c GO

- keine -

7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

7.2.1. Abschlussbericht zur Fläche des ehemaligen Hundeübungsplatzes

Zum Jahresende 2022 wurde die Fläche des ehemaligen Hundeübungsplatzes entpachtet. 2023 hat dann die orientierende Untersuchung zu den Ablagerungen stattgefunden.

Als letzte Maßnahme findet in diesem Jahr auf der Fläche an der Hagener Allee im FFH-Gebiet der Abbruch des noch stehenden Vereinsheims statt. Die Arbeiten haben am 10. November in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde begonnen und sollen in dieser Woche abgeschlossen werden. Die Arbeiten sind extern vergeben worden, da die Kapazitäten des Bauhofes dafür nicht ausreichend waren.

Im Anschluss daran soll die Fläche sich selbst überlassen werden. Die Zaunanlage verbleibt, um unerwünschte Nutzer fernzuhalten.

7.2.2. Stellenausschreibung Fachdienstleitung IV.5 - Grünflächen und Klimaschutz

Herr Römer informiert den Ausschuss, dass die Stellenausschreibung für die Position der Fachdienstleitung des Fachdienstes IV.5 – Grünflächen und Klimaschutz derzeit erstellt wird und voraussichtlich Ende November/Anfang Dezember online gestellt werden soll.

8. Vorreiterkonzept: Beteiligungsworkshop der Fraktionen

Im Vorfeld waren die Unterlagen versehentlich nicht in „Session“ eingetragen worden und auch nicht an alle Stadtverordneten verschickt worden, so dass der Teilnehmerkreis auf die Mitglieder des UA beschränkt blieb.

Der Vorsitzende übergibt die Leitung des 8. Tagesordnungspunktes an Frau Kubitza, Herrn Gottschick und Frau Emmendorffer, um selbst an dem Workshop zum Vorreiterkonzept teilnehmen zu können.

Im Anschluss gehen Herr Gottschick und Frau Emmendorffer detailliert auf die folgenden fünf Maßnahmen aus dem vorweg verschickten Maßnahmen-Paket ein:

- V3-S1 Mess-, Steuerungs- und Regelungstechnik optimieren
- V3-S2 Energiesparmodelle in Bildungseinrichtungen einführen
- V3-S3 Energiespar- und Energieliefer-Contracting gezielt nutzen
- M1 Fuß- und Radverkehrsinfrastruktur gezielt stärken
- V2 Klimacheck etablieren

Die genannten Maßnahmen stellen Frau Emmendorffer und Herr Gottschick dem Ausschuss ausführlich vor und beantworten dabei eingehende Fragen.

Die Steckbriefe zu den genannten Maßnahmen werden dem Protokoll als **Anlage** beigelegt.

Die Ergebnisse der lebhaften Diskussion im Workshop fließen in die weitere Ausarbeitung des Vorreiterkonzeptes ein.

9. Überprüfung möglicher Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts 2026

Die Mitglieder des Ausschusses befassen sich mit den für den Ausschuss relevanten Punkten der Vorlage und klären hierzu aufkommende Fragen. Die in der Anlage der Vorlage aufgeführten Aspekte werden im Folgenden erörtert:

Lfd. Nr. 1.15

Herr Randschau erkundigt sich bei der Verwaltung, ob die Umnutzung bestehender Spielplätze zu Jugendeinrichtungen bereits umgesetzt werde.

Die Verwaltung stellt klar, dass in der Vorlage eine unzutreffende Wortwahl verwendet worden sei. Es sei nicht beabsichtigt, Spielplätze umzunutzen, sondern künftig auf bestehenden Spielplätzen zusätzlich Geräte für ältere Altersgruppen vorzusehen.

Lfd. Nr. 3.34

Der Ausschuss nimmt die Kurzstellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Zugleich wird angeregt, zu prüfen, ob einzelne Aufgaben punktuell an Dritte übertragen werden könnten. Als Beispiel wird der SSC Hagen genannt, der seine Rasenflächen eigenständig pflegt. Herr Randschau schlägt vor, ein entsprechendes Modellprojekt zu initiieren, bei dem interessierte Bürgerinnen und Bürger oder Gruppen bestimmte Areale übernehmen und deren Pflege sicherstellen könnten.

Die Verwaltung erläutert, dass ähnliche Projekte in der Vergangenheit häufig zu einem Mehraufwand geführt hätten. Erfolgreiche Kooperationen habe es jedoch bereits mit der Stiftung Naturschutz gegeben, die im Gegensatz zu anderen Zusammenarbeiten sehr gut funktioniert hätten.

Der Ausschuss bittet die Verwaltung, in einer der nächsten Sitzungen einen kurzen Bericht über die Zusammenarbeit mit der Stiftung Naturschutz vorzulegen.

Lfd. Nr. 3.56

Herr Randschau regt an, eine Gegenüberstellung von zehn im vergangenen Jahr durchgeführten beschränkten und zehn unbeschränkten Ausschreibungen vorzunehmen und deren Ergebnisse auszuwerten.

Herr Römer weist darauf hin, dass ein internes Monitoring solcher Verfahren schwierig umzusetzen sei, da diese nicht unmittelbar miteinander vergleichbar seien. Ein einheitliches Monitoring sei daher generell kaum realisierbar.

Die Vorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen. Der Vorsitzende schließt den Tagesordnungspunkt und leitet zum nächsten über.

10. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026

Zur Beratung der Haushaltssatzung zum UA-Budget wurden in der heutigen Sitzung weitere Fragen gestellt und ebenso im Vorfeld eingereichte Fragen beantwortet.

Beantwortung der von der FDP-Fraktion im Vorfeld über die Anfrage AF/2025/026 gestellten Fragen.

Seite 3, PSK 55100.5221010, Park- und Gartenanlagen/Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens

Frage der FDP-Fraktion:

Welche Leistungen sind in den Mitteln beinhaltet? Nur das Ausschreibungsverfahren zum Rückbau oder auch der Rückbau selber? Wenn nur die Ausschreibung, dann bitte begründen, warum diese 60.000 € kostet.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Ausschreibung erfolgt eigenständig durch den Fachdienst IV.5. Die angemeldeten Haushaltsmittel dienen der Ausführung des Rückbaus.

Seite 4, PSK 55100.0900002, Park- und Gartenanlagen/geleistete Anzahlungen, Anzahlungen im Bau – Wanderwegeanbindung Alte Reitbahn, Adolfstraße, Hamburger Straße

Frage der FDP-Fraktion:

Wieso fallen hier Kosten bei der Stadt an, wenn das Grundstück im Besitz des Investors ist?

Anmerkung der Verwaltung:

Die Haushaltsmittel dienen der Planung und dem Bau eines Wanderwegabschnittes zur Anbindung des Wanderweges Reesenbüttler Graben vom Baugebiet Alte Reitbahn an die Adolfstraße und die Hamburger Straße. Der hier gemeinte Teil der Wegetrasse befindet sich ausschließlich auf städtischen Flurstücken. Der Planer ist bereits beauftragt und hat mit seinen Arbeiten begonnen.

Seite 4, PSK 55100.0900002, Park- und Gartenanlagen/geleistete Anzahlungen, Anzahlungen im Bau

Frage der FDP-Fraktion:

Um welche Brücke handelt es sich? Wie stellen sich die prognostizierten Kosten zusammen?

Anmerkung der Verwaltung:

Die Brücke Nr. 9 Sommerpark ist Teil des Auewanderweges. Sie überspannt den Hopfenbach ungefähr auf Höhe der Kreuzung der Straße Kornkamp Süd mit dem Ostring. Die Brücke Sommerpark war schon in einem früheren Haushalt zur Sanierung aufgeführt. Es wurde statt ihrer dann aber die Brücke

Nr. 6 Aalfangpark Süd vorgezogen. Diese zuletzt genannte Brücke befindet sich zurzeit in der Vorfertigung beim Bauhof.

Im Anschluss werden die in der heutigen Sitzung gestellten Fragen geklärt.

Seite 2, PSK 53810.5241030, Bedürfnisanstalten/Reinigungskosten

Frage von Herrn Koop:

Gibt es jährlich neue Ausschreibungen oder werden die Arbeiten dauerhaft von einem bestimmten Dienstleister ausgeführt?

Anmerkung der Verwaltung:

In diesem Produktsachkonto sind die WC-Anlagen am ZOB und der Großen Straße enthalten. Die Verträge zur Reinigung werden alle 4 Jahre erneut ausgeschrieben.

Seite 3, PSK 55100.5431010, Park- und Gartenanlagen/spezielle Geschäftsaufwendungen

Frage von Herrn Randschau:

Was umfasst diese Position?

Anmerkung der Verwaltung:

Es handelt sich um einen pauschal bemessenen Planungstopf.

Seite 4, PSK 55100.0891000, Park- und Gartenanlagen/Sammelposten für Vermögensgegenstände

Frage von Herrn Randschau:

Sind die 10 T€ ausreichend?

Anmerkung der Verwaltung:

Dieser Betrag hat sich seit vielen Jahren als ausreichend für das laufende Geschäft erwiesen. Im Produktsachkonto 55100.080000 stehen weitere 10.000 € für die Beschaffung von Ausstattungsgegenständen – überwiegend Parkbänken und Pflanzkübeln – zur Verfügung.

Seite 5, PSK 55105.0900002, Kinderspielplätze/Geleistete Anzahlungen, Anzahlungen im Bau

Feststellung von Herrn Randschau:

Im Haushaltsjahr sind 80 T€ angesetzt, in den Folgejahren jedoch bereits 100 T€. Dies sei nicht mit dem Ausschuss abgesprochen. Es wird um eine Erklärung gebeten.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Spielplätze der Stadt weisen sehr unterschiedliche Größen und Zustände auf. Der Spielplatz Kirschplantage war länger außer Betrieb und ist verwahrlost, weshalb ein höherer Mittelbedarf besteht. Die Beträge können aufgrund individueller Gestaltungsbedarfe nicht pauschal jährlich gleich angesetzt werden.

Die seit dem Jahr 2021 neu errichteten Spielplätze verursachten durchschnittliche Kosten in Höhe von rund 96.700 €. Für das Jahr 2026 ist der Neubau eines kleineren Spielplatzes vorgesehen, weshalb der Haushaltsansatz bei „nur“ 80 T€ liegt. Für die Folgejahre steht derzeit noch nicht fest, welche weiteren Spielplätze neu gebaut werden sollen.

Seite 6, PSK 55200.5429000, Öffentliche Gewässer / Wasserbauliche Anlagen/sonstige Aufwendungen

Frage von Herrn Koop:

Wie setzen sich diese Kosten zusammen?

Anmerkung der Verwaltung:

Die Mittel sind im Vergleich zu den Vorjahren nicht gestiegen und sind konstant bei 25.00 € p.a. geblieben.

Seit 2011 bestehen öffentlich-rechtliche Verträge zur Ablösung von Verbandsbeiträgen zwischen der Stadt Ahrensburg und dem Gewässerpflegeverband (GPV) Ammersbek-Hunnau, Glinder Au-Wandse wie auch dem GPV Grootbek. Ziel dieser Verträge ist die erhebliche Reduzierung des Verwaltungsaufwandes. Es sei auch auf den durch den Umweltausschuss gefassten Beschluss vom 16.06.2010 Vorlage 2010/074 hingewiesen, wonach der Ablösung von Beiträgen für die auf dem Ahrensburger Stadtgebiet tätigen Gewässerpflegeverbände bis auf weiteres zugestimmt wurde.

Seite 8, PSK 55500.4421000, Forstwirtschaft/Erträge aus dem Verkauf von Vorräten

Frage von Herrn Randschau:

Warum liegt der Rechnungsbetrag im Jahr 2024 bei -724,99 € und im Haushaltsentwurf nun bei 20 T€?

Hinweis des Vorsitzenden:

Die WAB-Fraktion hat beantragt, den Ansatz auf null zu setzen. Dieser Antrag wird in der Dezembersitzung beraten und beschlossen.

Anmerkung der Verwaltung:

Der Betrag in 2024 liegt so niedrig, weil eine direkte Verrechnung von Unternehmerleistungen beim Holzeinschlag mit den Holzerlösen erfolgt ist.

Die Holzerlöse schwanken von Jahr zu Jahr sehr stark in Abhängigkeit von den Holzmarktpreisen, nicht vorhersehbaren Kalamitäten wie Sturm und Borkenkäferbefall und den jährlich unterschiedlichen Einschlagmengen und Holzqualitäten. In 2025 liegt das Ergebnis jetzt schon bei über 30.000 €. Im mehrjährigen Mittel passt der Ansatz, ohne exakt vorhersehbar zu sein.

Einnahmen Holzerlös:

2020 = 9.291 €
2021 = 0 €
2022 = 0 €

2023 = 69.659 €
2024 = 725 €
2025 = 30.821 € (bis 09.2025)

Seite 9, PSK 56100.5271000, Umweltschutzmaßnahmen/Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen

Frage von Herrn Randschau:

Um welche Lizenzen handelt es sich?

Anmerkung der Verwaltung:

Im Fachbereich IV.5 bestehen derzeit folgende Lizenzbedarfe: Drei PDF-Volllizenzen mit Kosten in Höhe von insgesamt 1.000 €, zwei CAD-Lizenzen mit Kosten von 2.000 €, eine ArcGIS-Lizenz in Höhe von 2.300 € sowie zwei Photoshop-Lizenzen mit Gesamtkosten von 240 €. Zusätzlich ist ein finanzieller Puffer für unvorhergesehene Ausgaben einzuplanen.

Seite 9, PSK 56100.5431000, Umweltschutzmaßnahmen/allgemeine Geschäftsaufwendungen

Frage von Herrn Randschau:

Weshalb ist der Betrag erhöht? Wird künftig mehr Büromaterial benötigt?

Anmerkung der Verwaltung:

Die Position umfasst Sammelposten, darunter auch Stellenanzeigen.

Seite 9, PSK 56100.5431010, Umweltschutzmaßnahmen/spezielle Geschäftsaufwendungen

Frage von Herrn Griesenberg:

Ist es korrekt, dass hier kein Ansatz eingetragen wurde?

Anmerkung der Verwaltung:

Hierbei handelt es sich um Mittel im Zusammenhang mit der Lärmaktionsplanung. Die nächste Lärmkartierung als Grundlage für die 5. Stufe der Lärmaktionsplanung ist erst in 2027 vorgesehen. Voraussichtlich erfolgt eine entsprechende Beauftragung wieder zentral über das Land Schleswig-Holstein und die Kosten werden pauschal an die jeweiligen Städte und Gemeinden weitergereicht. Somit sind nach jetzigem Kenntnisstand für 2026 keine Kosten zu erwarten.

Seite 10, PSK 56110.5262000, Klimaschutz/Aus-und Fortbildung, Umschulung

Frage von Herrn Randschau:

Worum handelt es sich hierbei?

Anmerkung der Verwaltung:

Es handelt sich um Schulungen für Mitarbeitende zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen, u. a. zur nachhaltigen Beschaffung.

Seite 10, PSK 56110.5431000, Klimaschutz/allgemeine
Geschäftsaufwendungen

Frage von Herrn Randschau:

Wie kommt die Verdreifachung des Betrags zustande?

Anmerkung der Verwaltung:

Die Energiekarawane soll im kommenden Jahr insgesamt 1 bis 2 Mal durchgeführt werden. Flyer und Anschreiben sollen extern gedruckt werden, was zu höheren Kosten führt.

Seite 11, PSK 56110.0900002, Klimaschutz/geleistete Anzahlungen – E-
Ladestationen an öffentlichen Einrichtungen

Frage von Herrn Randschau:

In der Begründung ist weiterhin vermerkt, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen noch geprüft werden. Wie ist der aktuelle Stand?

Anmerkung der Verwaltung:

Nach aktuellem Stand kann eine „Inhouse“- Beauftragung der Stadtwerke Ahrensburg aus kartellrechtlichen Gründen nicht erfolgen. Somit ist für die Errichtung von E-Ladeinfrastruktur an öffentlichen Gebäuden nun eine Ausschreibung in Vorbereitung. Voraussichtlich Ende November 2025 wird ein Ausschreibungsmuster von der Nationalen Leitstelle Ladeinfrastruktur veröffentlicht, dessen Inhalte entsprechend berücksichtigt werden sollen.

11. Beteiligung der Stadt im Planfeststellungsabschnitt 3 der S4/Stellungnahme der Vorhabenträgerin

Der Vorsitzende informiert den Ausschuss, dass Herr Randschau und er die Vorlage eingehend geprüft haben und nun die vorgeschlagenen Änderungen zur Diskussion stellen. Mit diesen Änderungen soll das bereits sehr sorgfältig erarbeitete Papier der Verwaltung in Übereinstimmung mit den Forderungen der Fraktionen gebracht werden, um die Verhandlungsposition der Stadt gegenüber der DB zu stärken.

Seite 5, 2. Absatz, vorletzte Zeile:

Bisheriger Text:

„Zu dieser Maßnahme ist nach rechtlicher Einschätzung die Bahn nicht verpflichtet“

Ersetzen durch:

„Hier bedarf es einer gutachterlichen und anwaltlichen Prüfung der Optionen“.

3. Absatz, letzter Satz:

Streichen:

„und ob dies deutliche positive Veränderungen mit sich brächte“

Seite 4, 1. Absatz Erwiderung Sachstand:

Bisheriger Text:

„Im Rahmen eines Kompromisses finanziert das Projekt nun einen einseitigen Geh- und Radweg mit einer Breite von 3,00 m sowie...“

Geändert in:

„Das Projekt finanziert nun einen einseitigen Geh- und Radweg mit einer Breite von 3,00 m sowie...“

6. Absatz, vorletzte Zeile:

Bisheriger Text:

„Die Möglichkeiten zur Klage sind begrenzt“

Ersetzen durch:

„Die Möglichkeiten in Bezug auf eine Klage sind durch RA Dr. Uhlenhut zu klären“.

Seite 7, 7. Absatz, 3. Zeile:

Einfügen hinter *„notwendig ist“*:

„Die baulichen Maßnahmen dürfen nicht zu einer „toten“, unbelebten Zone und damit einem unsicheren Bereich führen, sondern müssen auch städtebaulichen Qualitätsansprüchen genügen.“

Seite 8, 1. Zeile:

Streichen:

„fast“

Seite 9, 6. Absatz:

Bisheriger Text:

„McDonalds muss in den gegenwärtigen Überlegungen zugunsten der S 4 Haltpunktes weichen“

Ersetzen durch:

„Eine Option der Integration von McDonalds in das gegenwärtige Ensemble wird ebenfalls geprüft.“

Seite 10, Absatz 2 (Handlungsbedarf):

Bisheriger Text:

„Aktuell kein weiterer Handlungsbedarf“

Ersetzen durch:

„Da drei Verbindungen ersatzlos wegfallen, wird die Stadt für die verbliebene Verbindung Ahrensburg-West weiterverhandeln mit dem Ziel einer vollen Kostenübernahme durch die DB.“

Stadteingang West:

Bisheriger Text:

„Eigenständiges Projekt“

Ergänzen durch:

„In enger Wechselbeziehung und Abstimmungserfordernis mit den Projekt Rendezvous-Bahnhof West.“

5. Absatz, 1 Zeile:

Bisheriger Text:

„wünscht“

Ersetzen durch:

„fordert“

Seite 11, 5. Zeile:

Bisheriger Text:

„wünschen“

Ersetzen durch:

„fordern“

Seite 11, Hinter 3. Absatz.

an Handlungsbedarf anfügen:

Es gibt ein neues, gewichtiges juristisches Argument zugunsten der Planung der Stadt: Die bisherige Planung der Bahn berücksichtigt nicht die sehr hohen Folgekosten für die Stadt durch die überlangen Sperrzeiten für den Ostring und die durch die Sperrung verursachten dramatisch veränderten und verlängerten Einsatzzeiten der FW. Die Planung der Stadt würde diese Folgen und Folgekosten deutlich verringern.

Seite 14, Absatz 2:

Streichen:

„Für die Stadt Ahrensburg gibt es sonst kaum einen Weg, das rechtlich durchzusetzen“

Seite 16, 3. Absatz:

Streichen:

„Schwerpunkt im Tunneltal auf der Talseite (Moor)“

Die Eingaben der Fraktionen fordern genau das Gegenteil, die Talseite soll möglichst von Wegen freigehalten werden.

Seite 17, 6. Absatz:

An Einwand Stadt anfügen:

„sowie in einem Teil des Villenviertels“

Seite 17, Erwiderung der DB:

Bisheriger Text:

„Die DB hat diese Forderungen sehr ernst genommen und der Projektleitung der DB ist das fast Unmögliche gelungen. Die Entwicklung der sogenannten Meta-Windows derart zu befördern, und noch mehr, die Genehmigung der neuen Meta-Windows durch das Eisenbahnbundesamt erreicht zu haben. So kommt unsere Stadt als erste in den Genuss dieser neuen, auch deutlich teureren, aber auch effektiveren Wände. 17In allen städtebaulich untergeordneten oder privaten Flächen werden aus Gründen der Wirtschaftlichkeit die Standardwände eingesetzt.“

Ersetzen durch:

„Die DB habe diese Forderungen sehr ernst genommen und habe die Genehmigung der neuen Meta-Windows durch das Eisenbahnbundesamt erreicht. So bekomme Ahrensburg diese neuen, deutlich teureren, aber auch effektiveren Wände. In allen städtebaulich untergeordneten oder privaten Flächen werden aus Gründen der Wirtschaftlichkeit die Standardwände eingesetzt.“

Seite 18, 1. Zeile:

„Standardwände“: Hierzu liegt ein Beschluss der Fraktionen vor, der die Stadt auffordert, wegen der größeren Schallschutzeffizienz mit der DB über den Einsatz der Meta-Wände im gesamten Stadtgebiet zu verhandeln.

Seite 18, Handlungsbedarf:

Ergänzen:

„Die Übernahme der Mehrkosten für die Metawände sind aus Sicht der Stadt von der DB zu tragen.“

Der Vorsitzende lässt über die einzelnen Änderungsvorschläge abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Der Bericht über die Beteiligung der Stadt im Planfeststellungsabschnitt 3 der S4 wird in der so geänderten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

12. Anfragen, Anregungen, Hinweise

12.1. Anfrage auf Bericht zur Bodenbelastung des Rohrbogenwerks

Frau Dullweber erkundigt sich bei der Verwaltung, ob ein Bericht zur Bodenbelastung des Rohrbogenwerks bereitgestellt werden könne.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Verwaltung erklärt, dass kein Bericht erstellt wird, da hierzu keine verwertbaren Informationen vorliegen. Der Abbruch des Rohrbogenwerks unterlag ausschließlich der Anzeigepflicht. Die Verantwortung für die Einhaltung sämtlicher einschlägiger rechtlicher Bestimmungen obliegt dem Bauherrn. Seitens der Verwaltung wurden keinerlei Auflagen erteilt.

12.2. Aktueller Stand Böllerverbot in Ahrensburg

Herr Randschau spricht das Thema des Böllerverbots an, welches bereits mehrfach im Umweltausschuss erörtert worden ist. Er weist darauf hin, dass dieses Anliegen nach der letzten Diskussion an den Städtebund herangetragen werden sollte. Er erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand sowie danach, ob die Verwaltung bereits Kontakt zum Städtebund aufgenommen hat.

12.3. Baumfällarbeiten in der Stadt Ahrensburg

Herr Griesenberg erinnert daran, dass im Umweltausschuss in der Vergangenheit regelmäßig über die Fällung größerer Bäume und Knicks berichtet wurde. Auf dem Gelände des Schulzentrums Heimgarten seien nun mehrere große Bäume gefällt worden, ohne dass hierzu eine Berichterstattung im Ausschuss erfolgt sei. Er erbittet eine entsprechende Erklärung.

Anmerkungen der Verwaltung:

Es habe mehrere Ortstermine mit Frau Grote gegeben, um die Gebäudeplanung so abzustimmen, dass möglichst wenige Bäume gefällt werden müssten. Im Anschluss sei ein Fällantrag gestellt worden, der im Rahmen der Baugenehmigung genehmigt und zudem mit der Unteren Naturschutzbehörde abgestimmt worden sei.

Für die UA-Sitzung am 14.01.2026 sei eine ausführliche Berichterstattung vorgesehen.

12.4. Tunnel in der Hagener Allee - Verschmutzung durch Graffiti

Herr Griesenberg weist außerdem darauf hin, dass am Tunnel in der Hagener Allee Parolen gegen Polizeikräfte mit Graffiti gesprüht worden sind. Er bittet um deren Entfernung.

12.5. Beschwerde über Verbrenner betriebene Laubgebläse

Frau Dullweber berichtet, dass sich eine Bürgerin mit der Beschwerde an die Fraktion gewandt habe, dass weiterhin benzinbetriebene Laubbläser verwendet würden, die eine erhebliche Lärmbelästigung darstellten. Sie erkundigt sich, ob seitens der Stadt oder im privaten Bereich Möglichkeiten bestehen, dagegen vorzugehen.

Anmerkungen der Verwaltung:

Privatrechtlich könne die Stadt keine Regelung treffen, sofern hierfür keine Satzung oder Verordnung bestehe. Die Stadtbetriebe stellen jedoch bereits auf elektrisch betriebene Laubgebläse um.

Da es keine weiteren Anmerkungen gibt, schließt der Vorsitzende den öffentlichen Teil die Sitzung **um 22:15 Uhr**.

gez. Dr. Wulf-Dietrich Köpke
Vorsitzender

gez. Nadine Scheel
Protokollführerin